

## Kriegslehren

### Falscher Frieden nach „demokratischem“ Krieg

Wie zivilisiert eine Gesellschaft in politischer Hinsicht ist, lässt sich an nichts anderem besser ablesen als an der Bereitschaft zu Krieg und Bürgerkrieg. In jüngerer Zeit ist diese Bereitschaft auch in Ländern, deren Regierungen mit hohem moralischem Anspruch auftreten, nicht geringer geworden. Insofern haben sich viele Hoffnungen auf allgemeine Fortschritte der politischen Zivilisierung nicht erfüllt. Vielmehr ist Kriegsbereitschaft zu einem fast für selbstverständlich erachteten Ausdruck des Selbstbehauptungswillens auch demokratisch geprägter Staaten geworden, und diese neue Selbstverständlichkeit des Kriegsführens hat das politische Bewusstsein mindestens einer halben Generation von Staatsbürgern geprägt. Jahrhundertalte philosophische Theorien vom „gerechten Krieg“ erlebten zeitweilig eine Renaissance, wobei leichtfertig unterstellt wurde, philosophische und politische Theorie hätten nichts wirklich Neues zum Thema Krieg und Frieden zu bieten.

Natürlich gab es immer auch - gerade in demokratischen Staaten - Skepsis gegenüber der Kriegsbereitschaft, und natürlich wurde vor allem der jüngste Krieg gegen den Irak auch von westlichen Regierungen von Beginn an verurteilt. Dennoch war dieser Krieg letztlich nur die Konsequenz einer mindestens eine Dekade lang von fast allen demokratischen Staaten geteilten Bejahung vermeintlich gerechter Kriege. So hatte die große Mehrheit der involvierten Staaten das moralische Recht, gegen die von den USA demonstrierte Kriegsbereitschaft den ersten Stein zu werfen, schon im Vorhinein verwirkt. Entsprechend verhalten, fast entschuldigend fielen daher die Ablehnungen des Krieges gegen den Irak aus. Die in den Jahrzehnten zuvor durch die Lehren der Geschichte kriegsmüde gewordene, vielleicht sogar moralisch über die Kriegsbereitschaft hinausgewachsene demokratische Zivilisation taumelte in dieser Phase rückwärts, getrieben einerseits von der neu erwachten Hoffnung, doch noch einmal das archaische Hochgefühl gewonnener Kriege auskosten zu können, und andererseits der Berührungsangst gegenüber fremden, noch von Mythos und Leidenschaft geprägten Kulturen in den bekriegten Ländern, die von einem nationalstaatlichen und demokratischen Selbstverständnis weit entfernt waren.

Der Entschlossenheit, mit der die „demokratischen“ Kriege in den letzten Jahrzehnten geführt wurden, folgte unweigerlich die große Ratlosigkeit angesichts höchst irritierender Nachkriegsentwicklungen. Vom ehemaligen Jugoslawien über Afghanistan und Tschechien bis zum Irak, nirgendwo wurde der militärisch scheinbar mühelos gewonnene Krieg mit einem gewinnbringenden Frieden belohnt. Was folgte, war vielmehr die Erfahrung, dass zuvor mit eiserner Faust zusammengehaltene Staaten auch nach dem Krieg nur mit Gewalt und Geld, nämlich als ebenso hart regierte wie hoch subventionierte Protektorate zu halten waren. Ein Übergang von der Diktatur zum Protektorat aber war das Gegenteil dessen, was je als halbwegs legitimes Kriegsziel hätte gelten können.

---

Der vermeintliche Frieden, den eine kriegsbereite demokratische Politikergeneration, die Generation also von Personen wie Bush und Blair, Schröder und Aznar, Fischer und Merkel, geschaffen hat, wurde nirgendwo wirklich gewonnen, und er war nicht einmal vorausschauend gedanklich konzipiert. Noch lässt sich daher auch kein historisches Resümee der friedenspolitischen Verfehlungen dieser kriegsbereiten Politikergeneration ziehen. Sicher ist vorerst nur die Erkenntnis, dass die jüngsten demokratischen Kriege und deren Folgen Hunderttausende Todesopfer gekostet haben, ganz zu schweigen von den irreparablen physischen und psychischen Verheerungen, die diese Kriegen bei den Überlebenden angerichtet haben. Der unsensible Umgang mit diesem Leid, der Mangel an moralischem Verantwortungsbewusstsein auf Seiten der militärischen Siegermächte also, hat den zivilisatorischen Rückfall westlicher Demokratien noch vertieft.

Nichts wäre natürlich schlimmer, als wenn ein so tiefer Einbruch der politischen Zivilisierung ohne Folgen für das politische Bewusstsein bliebe. Nichts wäre auch schlimmer, als wenn hieraus nur kurzfristige Schlüsse gezogen würden, eine wiederum nur vorübergehende Kriegskepsis etwa, die dann von abermals scheinbar gut begründeter, womöglich wiederum auf alte Vorstellungen vom „gerechten Krieg“ zurückgreifender Kriegsbereitschaft abgelöst würde. Will man aber solcher Entwicklung, der Gefahr des Rückfalls also in weitere demokratische Kriege, längerfristig vorbeugen, dann kommt man nicht umhin, auf einer ganz elementaren Ebene die politische Kompetenzfrage zu stellen. Kriegsbereitschaft nämlich steht immer in Zusammenhang mit Friedenskompetenz, eben jener Kompetenz also, die demokratische Politiker in der jüngeren Vergangenheit auf so fatale Weise haben vermissen lassen.

Dass Politiker demokratischer Staaten nicht in der Lage waren, sich ein realistisches Bild von einer dauerhaften Nachkriegsentwicklung in den mit Krieg überzogenen Staaten zu machen, ist alles andere als ein historischer Zufall. Diese Unfähigkeit ist vielmehr, so niederschmetternd diese Erkenntnis sein mag, im bestehenden demokratischen System angelegt. Die Entscheidungen über Krieg und Frieden nämlich liegen in der herkömmlichen Demokratie nicht in Händen einschlägiger Spezialisten, die, wie es in anspruchsvollen Professionen ansonsten schon immer selbstverständlich war, in jahrzehntelanger Ausbildung das Vorstellungsvermögen für Nachkriegsentwicklungen in fremden Staaten trainiert hätten. Das Ja zum Krieg lag etwa im Fall Irak in der Hand offenkundiger friedenspolitischer Dilettanten, die allen Ernstes meinten, dort nach einem militärisch gewonnenen „Blitzkrieg“ binnen kürzester Zeit einen demokratischen Nationalstaat etwa nach dem Muster des früheren Westdeutschlands etablieren zu können. Wer solchem naiven Glauben anheimfallen kann, von dem wird über Krieg und Frieden mit offenkundiger Inkompetenz befunden. Der macht sich damit zum politischen Täter, der leichtfertig Verantwortung für zahllose Kriegsoffer und für das generationenlange politische Elend ganzer Staaten bzw. Nationen auf sich nimmt. Dass Krieg möglicherweise in dem Glauben geführt wird, er sei das wirksamste Vorgehen gegen Terror und Despotie, mag zur moralischen Entlastung der kriegführenden Politikergeneration beitragen, es ändert aber nichts an deren politischer Schuld.

In der bestehenden politischen Ordnung kann sich Ähnliches, können sich also Kriege wie die der derzeitigen Politikergeneration zurechenbaren, jederzeit wiederholen. Die bestehende demokratische Ordnung legt Entscheidungen über Krieg und Frieden immer

---

aus Neue in die Hände friedenspolitischer Dilettanten. Sie überlässt Friedenspolitik wie auch andere Politiksparten systematisch gewöhnlichen Parteipolitikern, die mehr oder weniger zufällig in die Rolle von Kriegsherren und Friedensgestaltern geraten. In dieser politischen Ordnung gibt es keine Entscheidungsinstanz, deren Personal sich in Sachen Krieg und mehr noch in Sachen Frieden ganz und gar der langfristigen Entwicklung einer einschlägigen Kompetenz widmen könnte. Dass aber aufgeklärte Friedenspolitik eine höchst vielseitige und tief fundierte Kompetenz voraussetzt, dass in der Entscheidung über Krieg und Frieden nur kompetent sein kann, wer sein Vorstellungsvermögen u.a. moralisch, ökonomisch, ethnologisch, religionspsychologisch und auch militärisch langfristig geschult und wer mit den Entwicklungen der einschlägigen philosophischen, politischen und ökonomischen Theorien eng vertraut ist, dass, kurz gesagt, über Krieg und Frieden nur entscheiden sollte, wer hierfür mindestens so gut ausgebildet ist und sich so intensiv fortbildet wie etwa der Chirurg, der äußerstenfalls das Leben einzelner Individuen riskiert, sollte eigentlich zu den Selbstverständlichkeiten politischer Theorie gehören. Dass dies bisher nicht der Fall ist, gehört zu den großen Mängeln sowohl der bestehenden demokratischen Ordnung wie der sie rechtfertigenden politischen Theorien.

Es genügt indes nicht, die jüngsten Kriege als Auswüchse friedenspolitischer Inkompetenz zu verstehen oder auch als eigentlich gut gemeinte, im Nachhinein leider misslungene Kriege gegen Terror und Despotie. Diese Kriege waren auch, ob die Kriegführenden sich dessen bewusst waren oder nicht, Kriege gegen die so genannte politische Assoziationsfreiheit. Das Scheitern des Friedens, erkennbar u.a. am Übergang von der Despotie einheimischer Diktatoren zum Protektorat fremder Siegermächte, ist am konkretesten in dieser Dimension zu verstehen. Diese Kriege brachten den Bürgern nicht die Freiheit, zu entscheiden, wer mit wem einen gemeinsamen Staat betreiben sollte, und vor allem nicht die Freiheit, diese Entscheidungen gegebenenfalls für verschiedene Politikbereiche unterschiedlich zu treffen. Die Kriege wurden vielmehr in der fatalen Absicht geführt, bestehende Staatsgebilde und deren Staatsgrenzen mit aller Macht, wenn nötig also auch mit Gewalt, zu erhalten. Die Frage, ob überhaupt eine friedliche demokratische Willensbildung in solchen Staatsgebilden zustande kommen könnte, wurde dabei nicht gestellt. Sie wurde ausgeblendet, weil deren Tabuisierung seit langem eine vertraute politische Übung ist, die auch in manchen demokratischen Siegerstaaten die Regierenden vor unbequemen Fragestellungen bewahren hilft.

Natürlich waren die despotischen und möglicherweise terroristischen Herrscher, die von demokratischen Kriegen weggefegt wurden, ihrerseits alles andere als Hüter politischer Assoziationsfreiheit. Wie etwa Saddam Hussein, spielten sie – gewissermaßen als Vollstrecker historischer Notwendigkeit - ihre despotische Rolle als Bewahrer bestehender Staatsgebilde, deren Erhalt zur Vermeidung von Anarchie und Bürgerkriegen notwendig erschien. Sie regierten mit eiserner Faust, da sich in den bestehenden Staatsgrenzen kein gemeinsamer politischer Wille entwickeln konnte, einen auch nur halbwegs demokratischen Nationalstaat herkömmlicher Prägung zu betreiben. Diese Staatsgrenzen sind natürlich vielerorts noch die unheilvolle Hinterlassenschaft von Kolonialregimen, die alles andere im Sinn hatten als die Schaffung demokratiefähiger Staatsgebilde. Die Despotie

---

stellte insofern lange den einzig möglichen, historisch tatsächlich zwangsläufigen politischen Umgang mit einem von Kolonialmächten geschaffenen historischen Unrecht dar.<sup>1</sup>

Was angesichts der bis in die jüngste Vergangenheit reichenden friedenspolitischen Versäumnisse früher oder später nottut, ist nicht weniger als ein Quantensprung der Friedensfähigkeit. Um diesen zu realisieren, ist Zweierlei notwendig. Zum einen muss eine nachhaltige Friedenskompetenz in der politischen Ordnung verankert werden. Dies kann nur gelingen durch Gründung einer politischen Entscheidungsinstanz, die – im Gegensatz zu der für das bestehende System charakteristischen politischen Allzuständigkeit - ganz auf Friedenspolitik spezialisiert ist und daher das Menschenmögliche an Sachkompetenz auf diesem Gebiet entwickeln kann. Eine solche Instanz würde irrtümlich geführte Kriege und das damit verbundene Leid zumindest viel weniger wahrscheinlich machen, als dies in der herkömmlichen demokratischen Ordnung der Fall ist.

Zum anderen müssten demokratische Staaten, um neben der Kriegs- auch eine ebenso überlegene Friedensfähigkeit zu erlangen, ein verlässliches Bekenntnis zur politischen Assoziationsfreiheit ablegen. Nur wer sich zuerst im eigenen Land zu dieser Freiheit bekennt, kann damit rechnen, als Friedensbringer moralisch universell anerkannt und dementsprechend politisch respektiert werden. Wer diese Freiheit dann auch anderen Völkern bringen will, wer bereit ist, sie ohne Rücksicht auf eigenen politischen bzw. ökonomischen Vorteil zu verteidigen, braucht nicht zu befürchten, als Friedensbringer missachtet, als Kriegstreiber diskreditiert und als solcher gar mit kriegertischem Terror überzogen zu werden.

Zwar kann ein Staat, der sich für die politische Assoziationsfreiheit auch jenseits der eigenen Staatsgrenzen einsetzt, vorübergehend auch in gewaltsame Konfrontationen mit Gegnern dieser Freiheitsdimension geraten. Wäre diese Freiheit aber einmal als universelles, letztlich auch völkerrechtlich geschütztes Gut proklamiert und hätten sich zumindest die militärisch mächtigsten Staaten zu ihr bekannt, dann hätten despotische Regime es immer schwerer, ihren Bürgern diese Freiheit offen zu verweigern. Dann erst und dann endlich würden Despoten sich nicht mehr als Vollstrecker einer historischen Notwendigkeit gerieren können, die einen gewalttätigen Frieden als Schutz vor Bürgerkrieg und Anarchie zu erfordern scheint.

Es ist kein Zufall, dass es für beide genannten Ziele, für eine größtmögliche friedenspolitische Kompetenzsteigerung und für die Realisierung politischer Assoziationsfreiheit, eine gemeinsame Lösung gibt. Diese Lösung ist die Neokratie, die Staatsform also der so genannten mehrspurigen Demokratie. Demokratische Staaten könnten einer kompetenten Friedenspolitik den Weg ebnen, wenn sie diesen Politikbereich institutionell verselbständigten. Sie könnten zugleich als Verfechter der politischen Assoziationsfreiheit Glaubwürdigkeit erlangen, wenn sie diese Freiheit zuvor den eigenen Bürgern gewährten. Beides ließe sich in keiner anderen Staatsform realisieren als in einer mehrspurigen Demokratie.

Natürlich ist es ein höchst theoretisches Gedankenspiel, Situationen wie diejenige vor dem jüngsten Irak-Krieg unter der Annahme zu analysieren, die über Krieg und Frieden entscheidenden Staaten hätten den Schritt zu einer mehrspurigen Demokratie bereits

---

<sup>1</sup> S. hierzu auch den Artikel „Die Korrektur historischen Unrechts“ in [www.reformforum-neopolis.de](http://www.reformforum-neopolis.de).

vollzogen. Natürlich wäre in einem Land wie dem Irak die Botschaft, ein militärisches Eingreifen solle letztlich der Herstellung politischer Assoziationsfreiheit dienen, vorerst auf noch weniger Verständnis gestoßen als in den westlichen Demokratien. Das Gedankenexperiment lohnt dennoch. Es macht einen Krieg wie den im Irak so unplausibel wie einen danach in so vielerlei Hinsicht gescheiterten Frieden. Solches Gedankenexperiment führt zu dem einfachen Ergebnis, dass ein Kampf für die politische Assoziationsfreiheit lohnt, wenn nur die betroffene Bevölkerung selbst für diese Freiheit politisch reif erscheint. Dann nämlich kann eine politische Ordnung geschaffen werden, in der die Gestaltung der politischen Landkarte als - niemals für alle Zeit gelöste und daher permanente - Aufgabe demokratischer Politik angenommen wird.

Ist diese politische Bewusstseinsreife einmal erreicht, sind zur Durchsetzung der politischen Assoziationsfreiheit Kriege kaum mehr vorstellbar, schon gar nicht solche, die - wie im Fall Irak - als Kriege gegen ganze Völker oder Volksgruppen missverstanden werden können. Es mag, um dieser Freiheit nachzuhelfen, in extremen Fällen notwendig sein, sich einer diese Freiheit verweigernden Despotie, ggf. also auch einer intoleranten demokratischen Mehrheitsherrschaft, gewaltsam zu entledigen. Der so erlangte Freiheitsgewinn aber würde zumindest immer dann in einen gewonnenen Frieden münden, wenn sich danach alle beteiligten Mächte zur politischen Assoziationsfreiheit bekennen.

Die einzig denkbare moralische Rechtfertigung der jüngsten Kriege bestünde darin, dass sie irgendwann helfen, dieser Erkenntnis den Weg zu ebnen.